

Danziger Zeitung.

Nr. 18633.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonnabend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Tha., durch die Post bezogen 3,75 Tha. — Insolite Kosten für die sieben-gepflastete gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelte Anzeigenaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Triest, 3. Dezember. (Privattelegramm.) Nach dreitägiger sensationeller Verhandlung wurde gestern die Gräfin Badini wegen Todtschlags ihrer vierzehnjährigen Tochter zu 16 Jahren schweren Kerker verurtheilt.

Bukarest, 3. Dez. (W. L.) Der Senat votierte auf Verlangen des Ministerpräsidenten dem Ministerium mit 68 gegen 38 Stimmen ein Vertrauensvotum. (Damit ist die drohende Ministerkrise beigelegt. D. Red.)

Petersburg, 3. Dezember. (Privattelegramm.) Der Zustand des Onkels des Kaisers, des Großfürsten Nicolaus Nicolajewitsch ist in Tobsucht ausgetreten und unheilbar.

Die Regierung von Finnland stellte der Bank von Finnland zur Behebung etwaiger Schwierigkeiten fünf Millionen zur Verfügung.

Washington, 3. Dezember. (W. L.) In dem Jahresbericht des Congresses bemerkt der Schatzsekretär Windom, eine Abänderung des neuen Tarifgesetzes dürfte nothwendig werden, aber erst seien die Wirkungen desselben abzuwarten. Er kündigt ferner eine Vorlage zur Verhinderung der Einwanderung von zu amerikanischen Bürgern untauglichen Personen an.

Politische Uebersicht.

Danzig, 3. Dezember.

Helgoland im Reichstage.

Wie weit auch in den einzelnen Parteien des Reichstages die Ansichten über das deutsch-englische Abkommen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären auseinandergehen mögen, mit dem neuen Ergebnis dieser Abmachungen, der Abtretung der Insel Helgoland an Deutschland, stimmen alle Parteien rückhaltlos überein. Selbst die Vorbehalte, welche der sozialdemokratische Redner, Abg. Stadttagen, gestern machen zu müssen glaubte, stellen eine gewisse Befriedigung über den Wiedererwerb dieser Insel für Deutschland nicht in Abrede. Alle übrigen Parteien verzichteten deshalb auf eine Erörterung über das englisch-deutsche Abkommen als solches, zu der ja in einem späteren Stadium der Verhandlungen noch Zeit genug sein wird. Der einleitende Vortrag des Staatssekretärs v. Bötticher, der England und dem letzten Helgoländer Gouverneur, den jetzt schon der Hafen deckte, besonderen Dank ausprach, brachte nur wenig Neues. Herr v. Bötticher versicherte, die Stimmung der Helgoländer sei eine für Deutschland günstige. Anfangs freilich hätten sie der Abtretung mit einer gewissen Sorge mit Rücksicht auf die Steuern und das Militärwesen entgegengesehen; wobei ein Jurus aus dem Hause bemerkte, das sei auch im Inland der Fall. Die Hinauschiebung des Optionstermins bis zum 11. August, bis nach dem Besuch des Kaisers auf der Insel, glaubte der Staatssekretär noch besonders damit rechtfertigen zu müssen, daß davon eine Schwächung der deutschen Wehrkraft nicht zu befürchten sei; was im Hause einige Heiterkeit hervorrief. Der Staatssekretär hob noch mit besonderem Nachdruck hervor, daß die Frage, ob auf Helgoland ein Kriegshafen angelegt werden solle, noch eine offene sei. Dass gleichwohl jetzt schon eine Reihe von Bestimmungen des Kriegshafengesetzes auf die Insel vorbehalten wird, ist dazu angehängt, vor einer optimistischen Auffassung der Frage zu bewahren. Herr v. Benda, der als erster Redner aus dem Hause auftrat, glaubte sich auf die Erfahrungen berufen zu müssen, welche er seit 20 bis 30 Jahren als regelmäßiger Besucher der Insel gesammelt habe, was ihm hinterher allerlei unschuldig scherhaft Anspielungen auf den alten Badegast einbrachte. Dass Herr v. Benda der Regierung eine gute Bejedolung des Gouverneurs ans Herz legte, schien den Abg. Windthorst und Richter überflüssig. Windthorst ist ganz damit einverstanden, daß die „berechtigten Eigenthümlichkeiten“ der Insel berücksichtigt werden, konnte aber nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß das Gofsker'sche Schulgesetz in dieser Beziehung mit Hannover wenig glimpflich verfahren. Abg. Stadttagen hielt eine richtige „Bourgeois“-Rede über die Insel, deren Bewohner, wie er meinte, was Staatssekretär v. Bötticher aber bestreit, mehr nach Hamburg hinfahren, als nach Schleswig-Holstein. Eine nachträgliche Abstimmung der Bewohner über die Frage: deutsch oder englisch, welche Stadttagen für angezeigt hielt, schien Herrn v. Bötticher nicht gerade bedenklich, aber überflüssig. Was der sozialdemokratische Redner weiter über Lootsenwesen, Errichtung einer zoologischen Station und dergl. vorbrachte, verwies Herr v. Bötticher in den preußischen Landtag.

Der Reichskanzler v. Caprivi, der während der Boetticher'schen Rede auf seinem Platze erschienen war, verfolgte die Verhandlungen, die übrigens bei fast leeren Tribünen stattfanden, mit gewohnter Aufmerksamkeit, sand aber keinen Anlaß, in die Debatte einzutreten.

Am Schlusse der Sitzung machte der Präsident einige Mittheilungen über die geschäftlichen Dispositionen, die für die letzten Tage der Woche ein Zusammentreffen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses in Aussicht stellten. Denn wenn der Reichstag noch im Laufe dieser Woche, also von Donnerstag ab, die erste Berathung des Patentgesetzes und der Novelle zum Krankenfassengesetz erledigen soll, so würden diese Verhandlungen mit denselben des Abgeordneten-

hauses über das Schulgesetz zusammenfallen, die wahrscheinlich am Freitag beginnen. Soll das vermieden werden, so müßte das Abgeordnetenhaus die erste Berathung des Schulgesetzes bis zur zweiten Hälfte der nächsten Woche verlegen, da am Dienstag im Reichstage die Staatsdebatte beginnt, die ohne Zweifel zu einer eingehenden Erörterung der Finanzlage führen wird.

Ein Vorschlag zur Güte.

Der Versuch, aus Art. 49 der Verfassung das Recht des Königs abzuleiten, Stempelsteuern, wie es in dem Fall Lucius geschehen ist, zu erlassen, wird allseits zurückgewiesen. Begnadigung oder Strafmilderung setzt ein Straferkenntnis wegen Nachzahlung des Stempels voraus; ein Straferlass vor der Verurtheilung ist unmöglich. Dass Fürst Bismarck die Verantwortlichkeit für den gleichen Steuererlass auf den Kaiser Wilhelm I. abgewälzt und damit Deckung hinter einem verstorbenen und noch dazu so ehrwürdigen Kaiser gesucht habe, ist der „Magd. 3.“ nur begreiflich, wenn man sich erinnert, daß er über derartige einseitige Steuererlaß eine ganz bestimmte Meinung gehabt hat, welche in dem Falle Lucius bis jetzt nicht zur Anerkennung gelangt ist. Er sagte am 24. September 1849:

„Wir alle wollen, daß bestehende Steuern nicht ohne Bewilligung der Krone abgeschafft werden, aber ebenso wohl, daß Änderungen in der Besteuerung nicht ohne Einwilligung der Rämmern eingetragen dürfen.“

Angesichts dieser Erklärung erscheint es unglaublich, daß Fürst Bismarck der Urheber der Lucius'schen Fideicommisssteuerbefreiungen gewesen sei. Noch unglaublicher erscheint der „Magd. 3.“ die weitere Nachricht, daß der betreffende Steuererlass erst in der nachbismarckischen Zeit stattgefunden habe, daß die Nachzahlung des hinterzogenen Stempels von den Nachstbeihilfen angeboten, aber zurückgewiesen worden sei. Ein solches Verfahren sei, weil der Verfassung direkt widerprechend, ganz unmöglich. Da nach dem Gesetz vom 30. Mai 1873 die Nachzahlung des Stempels noch innerhalb 10 Jahren erfolgen kann, so dürfte es sich empfehlen, meint die „Magd. 3.“, daß der Steuerfiscus seine Nachforderung baldigt gelind machen; es dürfte sich dabei auch herausstellen, ob der Einwand des Steuererlasses im Wege der Begnadigung mit Erfolg geltend gemacht werden kann. Hoffentlich befreit sich der Finanzminister Dr. Miquel, der unerquicklichen Discussion der Angelegenheit ein Ende zu machen, indem er der Steuerbehörde in dieser Richtung Anweisung erteilt.

Danach hätte Herr Lucius, dessen Stempelgebühren nach einer Berechnung der „Frankfurter Zeitung“ sich auf ca. 250 000 Mk. (von einer Stiftung im Werthe von 8 Millionen) beliefen, etwa 125 000 Mk. nachzuzahlen.

Selbst die gewiß nicht bismarckunfreundliche „Nat.-3g.“ meint neuerdings, es sei die höchste Zeit, daß offiziell, sei es im Abgeordnetenhouse, sei es im „Reichsanzeiger“, erklärt werde, wie weit die Angaben der „Frei. 3g.“ richtig sind und aus welchen Gründen der Steuererlass für statthaft erachtet wurde. „Wir fürchten“, sagt das Blatt, „daß haltbare Gründe sich dafür nicht werden anführen lassen. Aber wir wünschen wegen der beteiligten Personen und um des Ansehens des preußischen Beamtenthums willen, daß wenigstens dargethan wird, es sei in gutem Glauben an die Zulässigkeit des eingeschlagenen Verfahrens gehandelt worden.“

Der Vertrieb des Koch'schen Heilmittels.

Die in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 29. v. Mts. seitens des Herrn Cultusministers gegebenen Aufklärungen über die Nutzarmachung der Koch'schen Entdeckung haben ein Bild von der Art und Weise der Herstellung und der Vertheilung des Heilmittels an die Krankenhäuser gegeben; sie haben jedoch, bemerken dazu die „Pol. Nachr.“, noch eine Lücke gelassen. Es wird sich die Notwendigkeit ergeben, sobald die Injectionsflüssigkeit in genügender Menge hergestellt werden kann, die selbe auch den einzelnen Ärzten an Orten, wo keine Krankenanstalten vorhanden sind, namenlich aber für diagnostische Zwecke, wo zu nur äußerst geringe Quantitäten gebraucht werden, zugänglich zu machen. Um alle gesteckten Ziele zu erreichen, dürfte es nur einen Weg geben: den Vertrieb des Heilmittels durch die Apotheken. So wäre die Vertheuerung desselben durch Ausbeutung in gewerbsmäßigem Betriebe vollständig schon um deswillem ausgeschlossen, weil der Apotheker an die vom Staate vorgeschriebene Taxe gebunden ist, die er nicht überschreiten darf und die vom Staate hier um so sicherer festgestellt werden kann, als er selbst den Einkaufspreis bestimmt. Dem einzelnen Arzte kann nicht zugemutet werden, stets das teuere, der Verzehrung unterliegende Mittel zu führen; ihm fehlen auch zur sachgemäßen Aufbewahrung die Vorräte, über welche der Apotheker verfügt. Dieser ist ja auch verpflichtet, jedes Heilmittel in wissarem Zustande, in jeder Menge und einem Jeden zu gleichem Preise abzugeben, ist hierfür verantwortlich und regelmäßiger staatlicher Controle unterworfen, so daß er in jeder Weise berufen erscheint, auch wenn das Mittel in Staatsanstalten hergestellt wird, der letzte Ausläufer des Vertriebes an Ärzte zu werden, welche auf diese Weise zu jeder Zeit und ganz nach Bedarf über dasselbe in vorschriftsmäßiger Bezahlung verfügen könnten.

Die ostafrikanische Schutztruppe.

Auf den ostafrikanischen Stationen befinden sich einer neueren amtlichen Zusammenstellung zufolge 170 Europäer und 1531 eingeborene Soldaten; die ersten vertheilen sich folgender-

mäßen: Janjibar 26, Bagamoyo 24, Marine 19, Dar-es-Salaam 15, Pangani mit Fort Ras Muhesa in Aitwa und Lindi je 14, in Mikindani 12, in Saadani und Masinde je 10, in Tanga 8 und in Mpwapwa 4; von den schwarzen Soldaten sind in Aitwa 256, in Masinde 236, in Mikindani 214, in Lindi 212, in Bagamoyo 198, in Pangani und Fort Ras Muhesa 91, in Tanga 75, in Dar-es-Salaam 74, in Mpwapwa 70, in Saadani 62, auf der Marine 27, in Janjibar 16. Nach den Stammlisten sind 192 Europäer in der Schutztruppe. Die über die obige Zahl von 170 Europäern überschreitenden 22 Köpfe befinden sich bei Emin, bei Mr. Stokes und bei v. Els am Kilimandscharo, in Bunti, in Mikindani und an der Mtoni-Zähre.

Der „ungekrönte König von Irland“.

wie man den bisherigen Irenführer Parnell nennt, wehrt sich mit größter Energie gegen die ihm drohende Enthronung und scheint noch immer voll Zuversicht über den Ausgang des Kampfes zu sein. Die gestern früh stattgehabte Sitzung der nationalistischen Abgeordneten verließ sehr stürmisch. Die Anhänger Parnells beschuldigten dessen Gegner eines schändlichen Beträmens und der Abdordnung irreführender Depeschen an Dillon. Leahy warf den Anhängern Parnells Obstruction vor, Parnell wies diese Behauptung als Frechheit zurück. Die Sitzung wurde zuletzt auf Nachmittag vertagt.

Was in den vorliegenden Meldungen in die Augen fällt, ist die unverhohlene Geringschätzung, mit welcher Parnell seine Fraktionen behandelt; sein Benehmen gegen sie scheint zu sagen: „Jeden von Euch kann ich, ebenso wie Herrn Gladstone, sobald es mir behagt, öffentlich bloßstellen.“ Er zieht diejenigen der Charakterlosigkeit, welche ihn jetzt zum Rücktritt drängen wollen, während sie ihn vor wenigen Tagen erst, als ihnen sein Prozeß längst bekannt war, wieder zum Parteiführer wählen geholt, gerade als ob nicht er es gewesen wäre, welcher sie hinterging, indem er ihnen damals Gladstones Brief vorenthielt. „Er behandelt uns“, äußerte sich einer seiner Fraktionen, „gerade, als ob wir mit seiner Frau Chebruch getrieben hätten.“ (Vielzufolge bemerkte, ist Parnell unverheirathet.) Das persönliche Bild Parnells kann durch sein Verhalten nicht sympathischer werden, seine persönliche Machstellung dagegen wird durch die Umstände ins heilste Licht gesetzt. Er, der Protestant, der Chebrucker, der freulose verrätherische Freunde und Parteigenossen, begegnet diesen irischen Stockkatholiken, die über seine Moral zu Gericht sitzen sollen, wie ungeberdige Schuljungen und erkläre ihnen ins Gesicht, daß die Sache längst über sie hinausgewachsen, daß nicht sie, sondern das irische Volk seine Partei darstellen, und daß er, wie sie auch sich entscheiden mögen, von ihnen an dieses Volk, zunächst an seine Wähler in Cork, appelliren werde. Dabei wird von Dielen der Versammelten selbst noch mit heiterer Leidenschaft für ihn gestritten, und bereits steht fest, daß diejenigen, denen es nicht um einen Ausgleich mit England, sondern um die Herstellung eines wirklich unabhängigen Irland zu thun ist, auf seiner Seite ausharren. Zu seinen Gunsten hat sich z. B. John Devry, das Haupt der reichsten Section der irischen Geheimbünde in Amerika, ausgesprochen, mit dem Bemerk, er (Parnell) werde es sein und bleiben, dem die Dollars von jenseits des atlantischen Oceans zufüßen werden. Eine Spaltung im irischen Lager, und zwar eine solche, welche Parnell zunächst in die Minderheit setzt, ist wahrscheinlich, aber die größeren Mittel werden voraussichtlich zunächst noch auf seiner Seite bleiben.

Im englischen Unterhause

gab gestern der Unterstaatssekretär der Colonien Baron Worms die Erklärung ab, die Colonien seien aufgefordert, diejenigen Artikel der Handelsverträge zu bezeichnen, welche den Handelsbeziehungen der Colonien mit England Beschränkungen aufzulegen können. Diese würden einem Ausschusse vorgelegt werden, der beauftragt ist, gewisse Fragen zu prüfen, die aus dem nahe bevorstehenden Ablauf verschiedener Handelsverträge sich ergeben hätten. — Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Fergusson erklärte, der englische Botschafter in Berlin habe auf Anweisung der englischen Regierung bei der Berliner Regierung um Überlassung Koch'scher Lymphe nachgesucht. Derselbe wurde benachrichtigt, daß in Berlin genügend Vorrath vorhanden sei und dieser nicht unter der Controle der preußischen Regierung stehe. Weiter erklärte Fergusson, sobald Vorsichtsmaßregeln gegen die Cholera nicht mehr nötig seien, würde jedermann gestattet werden, zum Ankauf von Getreide nach Guatin zu kommen, ausgenommen diejenigen, bei denen guter Grund zu der Annahme vorhanden sei, daß das aufzukaufende Getreide für die Dervische bestimmt sei.

Die Stellung des französischen Ministeriums. Wie in Deputirtenkreisen verlautet, werde die Regierung, obgleich sie es bis jetzt nicht für nötig gehalten habe, in die Berathung über die Details des Budgets einzutreten, dennoch ihre Solidarität mit den wesentlichen Punkten, welche das Principe des Budgets berühren, erklären und nötigenfalls die Vertrauensfrage stellen. In parlamentarischen Kreisen nimmt man jedoch an, daß die Gefahr einer Ministerkrise beseitigt sei.

Cardinal Lavigerie.

Gegenüber der von dem Cardinal Lavigerie eingeleiteten Bewegung beabsichtigen, wie der „Matin“ meldet, die französischen Royalisten in den hervorragendsten Provinzialstädten Versammlungen abzuhalten, in welchen darauf hingewiesen werden soll, daß für die Interessen der Religion

aus der Zustimmung zur Republik nur Gefahr erwache.

Nach dem „Figaro“ wandten sich mehrere französische Bischofe an den Papst um Aufklärung über die Haltung Lavigeries. Es heißt, der Papst werde in einem Briefe antworten, daß der heilige Stuhl die konstituierten Regierungen anerkenne, ohne jedoch die Mittel zu billigen, mit deren Hilfe sie sich constituiert hätten. Der Papst werde die Erklärungen Lavigeries abjedoch, aber zu verstehen geben, daß er das Principe, von welchem der Cardinal geleitet werde, billige.

Die Indianerunruhen in der Union.

Von der Rosebud-Agentur wird gemeldet, daß in jener Gegend 50 junge Indianer die Farmhäuser ausrauben und Schulhäuser und Kirchen niederröhren. Den Farmern, welche in ihren Heimstätten geblieben sind, ist indessen kein Leid geschehen. Bei Pine Ridge stehen 2000 Indianer. Diejenen haben ihre Kriegsränge wieder begonnen und schworen allen Weißen Radie, welche den Tanz töten sollten. „Little Wound“, welcher auf der Agentur am Donnerstag erklärt hatte, daß seine Krieger die Tänze eingestellt hätten, beteiligt sich mit seinen Anhängern mühelos daran als je. Die Tänzer brennen die Farmhäuser nieder und rauben das Vieh. Andererseits wird dem Boston Herald gemeldet, daß die Sioux der Pine Ridge-Agentur keinen Krieg beabsichtigen. Ihre einzige Beschwerde ist, daß sie nicht genug Lebensmittel erhalten. Im Indianer-Territorium scheint die Lage an Ernst zu gewinnen.

Der Censusbamte, welcher kürzlich von der Regierung nach Nevada abgesetzt wurde, um eine Zählung der Indianer jenes Staates vorzunehmen, meldet, daß der „Messias“ im Majon-Than in Nevada wohnt und Jack Wilson heißt. Er ist 35 Jahre alt und intelligent. Häufig verfällt er in einen 12 bis 14 Stunden dauernden sonnambulinen Zustand in Anwesenheit vieler Stammpersonen. Wacht er dann wieder auf, so erzählt er, was er geschaخت hat. Denn er ist seiner Auslage nach im Himmel gewesen, wo ihm verkündet worden ist, daß die Indianer in den Beik der Erde kommen werden. Er räth ihnen, die Weißen nicht zu stören, da das weiße Tuch, oder die Haut, welche leichter über den Mond gespannt haben, bald fallen werde. Dann werde der Mond, welcher aus Feuer besteht, die Weißen vertilgen. Der „Messias“ wird seiner Prophezeiung nach auf dem Grant Berg in Nevada zuerst erscheinen. Dieser Berg gilt den Indianern für heilig. Es sind Gerüchte über eine Erhebung der Navajo-Indianer in Neu-Mexico im Umlauf. Auch diese haben schon den Geister-tanz begonnen.

Eine Depesche aus Bismarck meldet, daß Buffalo Bill (Oberst Cody) von General Miles ermächtigt wurde, den unzufriedenen Häuptling Sitting Bull zu verhaften und ihn nach dem nächsten Militärposten zu bringen. Als die Truppen jedoch anlangten, um den Häuptling festzunehmen, war derselbe verschwunden.

Reichstag.

33. Sitzung vom 2. Dezember. Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Seit der letzten Sitzung sind die Abg. Gräb. Birnich, Witt und Dr. Löhr gestorben. Die Abg. Scheffer und v. Schorlemmer-Als haben ihr Mandat niedergelegt.

Erste Berathung des Gesektenwurfs betreffend die Vereinigung von Helgoland mit dem deutschen Reich. Staatssekretär v. Bötticher hofft, die Vorlage werde die ungeheilte Zustimmung aller Parteien des Hauses finden, wie die Erwerbung Helgolands in Deutschland allseitig mit Befriedung aufgenommen sei. In Helgoland selbst hat die Einverleibung zunächst Gegen- und heilige Steuern im Auslande sehr gefürchtete Gegenstände sind, an die man sich erst gewöhnen muß, um ihnen Geschmack abzugeven. (Heiterkeit.) Heute aber sehen die Helgoländer mit vollem Vertrauen ihrer künftigen Entwicklung entgegen. — Redner geht nun den einzelnen Bestimmungen der Vorlage durch, nach welchen die Verwaltung der Insel vom Reiche an Preußen übergehen, die Einführung des deutschen Dollaris bis 1910 hinausgezögert werden, die Wehrpflicht für alle vor 1890 Geborenen ausgeschlossen werden und die Insel in Betrieb der Wahl durch den Bundesrat einem anderen Wahlkreise zugeschlagen werden soll. — Vom § 6 bedarf der erste Abfall keiner weiteren Motivirung. Sie werden damit einverstanden sein, daß es zweckmäßig ist, für die Einführung der Reichsgesetze den Zeitpunkt durch kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrates festzulegen zu lassen. Dagegen wird vielleicht der zweite Abfall Bedenken erregen, informiert, als er auch kaiserliche Verordnung und der Zustimmung des Bundesrates es vorbehält, gewisse Modificationen des Überganges zu den Reichsgesetzen einzutreten zu lassen. Sie werden aber die Bedenken zurücktreten lassen, einmal schon, wenn Sie nicht allein den Anlaß zu solchen Modificationen bedenken, sondern auch, daß ihre Wirksamkeit zeitlich begrenzt ist, und zwar bis zum 21. Dezember 1894. Die Bestimmung war nothwendig. Den Helgoländern ist Schonung der Gesetze, Sitten und Gewohnheiten, sowohl es angeht, zugesichert. Mit Rücksicht darauf aber bedarf es einer ernstlichen Prüfung, inwieweit zur Erfüllung dieser Verpflichtung es der Abänderung dieser Gesetze bedarf, um die Helgoländer nicht in den wohlerworbenen Rechten zu schädigen

In Hannover ist man jetzt daran, die Schuleinrichtungen von Grund aus umzustalten. Es ist mir angenehm gewesen, daß die Vorlage nicht mit Geldforderungen begleitet ist. (Heiterkeit; Abg. Bamberg: Kommt noch!) Dass es nicht ohne alles Geld abgehen wird, ist kein Zweifel. Ich wünsche aber, daß alles möglichst billig eingerichtet werde; namentlich gilt dies von den militärischen und maritimen Einrichtungen. Den Appell v. Bendix, den Gouverneur recht reichlich zu tönen, unterschreibe ich nicht. Die Regierung ist in ihren Forderungen garnicht karg.

Abg. Richter: Dieser Verwahrung gegen Herrn v. Bendix kann ich mich nur anschließen. Gegen die Vorlage der Regierung haben wir nichts Wesentliches einzubringen, ebensoviel gegen das deutsch-englische Uebereinkommen, welches die Voraussetzung dieser Vorlage ist. Es ist lange her, daß wir Regierungsakte von erheblicher politischer Bedeutung so ohne weiteres begründen könnten, wie es hier der Fall ist. Die internationalen Beschränkungen der Colonialpolitik, welche das deutsch-englische Uebereinkommen zur Folge hat, entsprechen unseren Wünschen. Wenn sich noch ein kleines Inselchen irgendwo in den europäischen Gewässern finden sollte, so würde ich es begrüßen, wenn mir dafür noch einer anderen Theil unserer afrikanischen Besitzungen mit Anstand loswerden könnten. (Beifall links.)

Abg. v. Mantaußel (cons.) spricht die volle Befriedigung der Conservativen über den Gesetzentwurf aus.

Abg. Stadttagen (soc.): Ich habe gegen die Vorlage juristische und staatsrechtliche Bedenken und beantragte deshalb, den Gesetzentwurf einer Commission zu überweisen. Es ist nicht klar, wer denn eigentlich die Vertragsschließenden sind. Auf der einen Seite zweifellos England; ob auf der anderen Seite die deutsche Regierung oder der deutsche Kaiser, geht nicht klar aus der Vorlage hervor. Nimmt man an, der Vertrag sei namens Deutschlands abgeschlossen, dann würde Art. 11 der Reichsverfassung in Anwendung kommen müssen und die Genehmigung des Reichstages erforderlich sein. Dafür die Helgoländer selbst die Zugehörigkeit zu Preußen wünschen, kann ich nicht anerkennen. Der Geschichte nach ist Helgoland nicht mit Preußen resp. Schleswig-Holstein, sondern vielmehr mit Hamburg und Bremen verbunden. Die Helgoländer wollen Deutsche, aber nicht Preußen sein. Die Helgoländer haben von dem Anschluß an das deutsche Reich erwartet, daß ihre wirtschaftliche Lage erheblich verbessert werde. Denn die wirtschaftliche Lage der Helgoländer ist nichts weniger als glänzend. Es müßte den Fischer eine Subvention gegeben werden, damit sie sich größere Fahrzeuge für die Fischerei anschaffen können. Das würde nicht so viel Geld kosten, wie der neue Gouverneur in Empfang nehmen wird. Ebenso wäre es im wissenschaftlichen Interesse wünschenswert, wenn ähnlich wie in Neapel in Helgoland eine zoologische Station zur Erforschung der Meeresfauna errichtet würde. Höchst bedenklich erscheint mir die Verkürzung des Optonsrechts der Helgoländer. Es ist nicht richtig, daß die Helgoländer ipse jure durch den Vertrag eine Deutsche geworden seien. Man hat sie garnicht gefragt. Es müßte eine rechtsgerichtliche Cautete geschaffen werden, daß die Helgoländer bis zu einem Zeitpunkt erklären können, ob sie Deutsche oder Engländer sein wollen.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Mehrzahl der Wünsche des Vorredners, über die sich ja reden läßt, wird sich erst dann discutiren lassen, wenn über die staatsrechtliche Zugehörigkeit eine definitive Bestimmung getroffen ist, d. h. nach unserem Plan in Preußen. Was die Subvention anlangt, soweise ich darauf hin, daß wir uns jetzt in einem Rothstadium befinden, d. h. das Reich mußte die Verwaltung führen, da augenblicklich kein anderes Staatswesen rechtmäßig da war, das die Verwaltung übernehmen konnte. Es ist unumstößlich und die Helgoländer haben bereits das Vertrauen gewonnen, daß sie unter der neuen Regierung, mag das die Reichsregierung sein oder die preußische, eine wohlwollende Berücksichtigung ihrer Interessen zu erwarten haben. Was die Option anlangt, so kann nach Art. 12 des Vertrages jeder Helgoländer bis zum 1. Januar 1892 mit der Erklärung hervortreten: ich optiere für England. Auf eine Zusammengehörigkeit Helgolands mit Hamburg weist die Geschichte überhaupt nicht hin. Wenn aber der Abgeordnete auf Dänemark hingewiesen hat, so bedauere ich, daß wir im deutschen Reich kein Gesetz machen können, welches die Insel an Dänemark abtritt. (Heiterkeit.)

Der Antrag Gladthagens auf Überweisung an eine Commission wird abgelehnt; die zweite Berathung wird also im Plenum erfolgen.

Die Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer pro 1887/88, resp. pro 1888/89 werden der Rechnungskommission überwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Controle des Reichshaushalts und des Landshaushalts von Elsaß-Lothringen für 1890/91 wird in erster Berathung ohne Debatte erledigt; die zweite Berathung wird im Plenum stattfinden.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

Berlin, 2. Dezember. Der Kaiser wird, einem Darmstädter Blatte zufolge, im Januar den dortigen Hof besuchen und bei diesem Anlaß sich auch nach Mainz begeben.

L. Berlin, 2. Dezbr. In der heutigen Sitzung der Commission für die Gewerbebovenie wird § 105d verändert, 105e mit Zusatz Güstleisch angenommen, wonach Anträge wegen Zulassung von Ausnahmen für Betriebe, welche ausschließlich mit durch Wind oder unregelmäßiger Wasserkräft bewegten Triebwerken arbeiten, im Vermaltungskreisverfahren, bez. nach § 20, 21 erledigt werden; §§ 105f und g unverändert angenommen. Abg. Schmidt v. Gen. behalten sich Anträge bez. Wahrung der Rechte des Reichstages gegenüber kaiserlichen Verordnungen oder Beschlüssen des Bundesrates für das Plenum vor. Zu § 107, Arbeitsbücher für minderjährige Arbeiter, wird ein Antrag Schmidt, die Arbeitsbücher nur für Arbeiter unter 18 Jahren obligatorisch zu machen, mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmen auch die Nationalliberalen und Socialdemokraten. Zu § 115 Lohnzahlung wird in Absatz 1 auf Antrag Güstleisch und Genossen hinzugefügt: „Die Auszahlung darf ohne Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde nicht in Wirtschaften oder Verkaufsstellen erfolgen.“ Ferner wird der Abg. 2 in folgender Fassung angenommen: „Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Communalverbandes kann für alle Gewerbetreibende oder gewisse Arten derselben festgesetzt werden: 1) daß Lohn- und Abschlagszahlungen in festen Fristen erfolgen müssen, welche nicht länger als einen Monat und nicht kürzer als eine Woche sein dürfen; 2) daß der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn an die Eltern oder Vormündern und nur mit deren schriftlicher Zustimmung oder nach deren Bescheinigung über den Empfang der leichten Lohnzahlung unmittelbar an die Minderjährigen gezahlt wird; 3) daß die Gewerbetreibenden den Eltern oder Vormündern innerhalb gewisser Fristen Mitteilung von den den minderjährigen Arbeitern gezahlten Lohnbeträgen zu machen haben.“ Endlich als Abs. 3: „Lohnneinbehaltungen, welche von Gewerbeunternehmern zur Sicherung des Erfolges eines ihres aus der wirtschaftlichen Auslösung des Arbeitsverhältnisses erwachsenden Schadens ausbedungen werden, dürfen bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im Gesamtbetrag den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen.“ Zu § 120 obligatorische Fortbildungsschulen wird auf Antrag Güstleisch die Errichtung solcher Schulen auch durch Beschlüsse weiterer Communalverbände vorbehalten. Auf Antrag der Abg. Hartmann v. Gen. wird der Schulzwang für weibliche Arbeiten bestätigt, der Sonntagsunterricht vor dem Hauptgottesdienst und während desselben verboten und der Besuch von Innungsschulen als gleichbedeutend mit dem Besuch der communalen Fortbildungsschulen anerkannt. Damit sind die obligatorischen Fortbildungsschulen in Frage gestellt. § 120 in der neuen Fassung wurde mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen. Desfür stimmen die Conservativen und das Centrum, dagegen die Freisinnigen, Nationalliberalen und Socialdemokraten. Mit der Beseitigung der in der ersten Lesung beschlossenen Worte: an Werktagen ist der Unterricht in die Arbeitszeit der jungen Leute zu legen, erklären sich alle Parteien mit Ausnahme der Socialdemokraten einverstanden.

* [Commission für die Landgemeindeordnung.] In der Commission des Abgeordnetenhauses für die Landgemeindeordnung wird die freisinnige Partei durch die Abg. Zelle und Eberth vertreten sein.

* [Schorlemer-Alst.] Über die Mandatsniederlegung des Frhns. v. Schorlemer-Alst. giebt die „Kreuzig.“ heute eine sehr scharfsinnige Combination zum besten. Herr v. Schorlemer, mein Sie, fürchte, daß seine agrarischen Neigungen mit den industriellen Interessen seines Wahlkreises Bohum in Widerspruch kommen würden. Indessen, die Vermuthung der „Kreuzig.“ hat den Fehler, daß sie es mit den Gesundheitsräubern des Herrn v. Schorlemer zu leicht nimmt. Letzterer hat seinen Rücktritt in einem Schreiben an seine Wähler mit einem schweren Herzleiden motiviert.

* [Nationalliberaler Parteitag.] Nach einer Meldung des „Frankf. Journ.“ soll im kommenden Frühjahr in einer Stadt Süddeutschlands ein nationalliberaler Parteitag stattfinden behufs Neufassung des Parteiprogramms.

* [Ein socialdemokratischer Parteitag in Potsdam] besaßt sich mit der Frage, wie die ländliche Agitation im Regierungsbezirk Potsdam kommen müssen und die Genehmigung des Reichstages erforderlich sein. Dafür die Helgoländer selbst die Zugehörigkeit zu Preußen wünschen, kann ich nicht anerkennen. Der Geschichte nach ist Helgoland nicht mit Preußen resp. Schleswig-Holstein, sondern vielmehr mit Hamburg und Bremen verbunden. Die Helgoländer wollen Deutsche, aber nicht Preußen sein. Die Helgoländer haben von dem Anschluß an das deutsche Reich erwartet, daß ihre wirtschaftliche Lage erheblich verbessert werde. Denn die wirtschaftliche Lage der Helgoländer ist nichts weniger als glänzend. Es müßte den Fischern eine Subvention gegeben werden, damit sie sich größere Fahrzeuge für die Fischerei anschaffen können. Das würde nicht so viel Geld kosten, wie der neue Gouverneur in Empfang nehmen wird. Ebenso wäre es im wissenschaftlichen Interesse wünschenswert, wenn ähnlich wie in Neapel in Helgoland eine zoologische Station zur Erforschung der Meeresfauna errichtet würde. Höchst bedenklich erscheint mir die Verkürzung des Optonsrechts der Helgoländer. Es ist nicht richtig, daß die Helgoländer ipse jure durch den Vertrag eine Deutsche geworden seien. Man hat sie garnicht gefragt. Es müßte eine rechtsgerichtliche Cautete geschaffen werden, daß die Helgoländer bis zu einem Zeitpunkt erklären können, ob sie Deutsche oder Engländer sein wollen.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Mehrzahl der Wünsche des Vorredners, über die sich ja reden läßt, wird sich erst dann discutiren lassen, wenn über die staatsrechtliche Zugehörigkeit eine definitive Bestimmung getroffen ist, d. h. nach unserem Plan in Preußen.

Was die Subvention anlangt, soweise ich darauf hin, daß wir uns jetzt in einem Rothstadium befinden, d. h. das Reich mußte die Verwaltung führen, da augenblicklich kein anderes Staatswesen rechtmäßig da war, das die Verwaltung übernehmen konnte. Es ist unumstößlich und die Helgoländer haben bereits das Vertrauen gewonnen, daß sie unter der neuen Regierung, mag das die Reichsregierung sein oder die preußische, eine wohlwollende Berücksichtigung ihrer Interessen zu erwarten haben. Was die Option anlangt, so kann nach Art. 12 des Vertrages jeder Helgoländer bis zum 1. Januar 1892 mit der Erklärung hervortreten: ich optiere für England. Auf eine Zusammengehörigkeit Helgolands mit Hamburg weist die Geschichte überhaupt nicht hin. Wenn aber der Abgeordnete auf Dänemark hingewiesen hat, so bedauere ich, daß wir im deutschen Reich kein Gesetz machen können, welches die Insel an Dänemark abtritt. (Heiterkeit.)

Der Antrag Gladthagens auf Überweisung an eine Commission wird abgelehnt; die zweite Berathung wird also im Plenum erfolgen.

Die Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer pro 1887/88, resp. pro 1888/89 werden der Rechnungskommission überwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Controle des Reichshaushalts und des Landshaushalts von Elsaß-Lothringen für 1890/91 wird in erster Berathung ohne Debatte erledigt; die zweite Berathung wird im Plenum stattfinden.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

Berlin, 2. Dezember. Der Kaiser wird, einem Darmstädter Blatte zufolge, im Januar den dortigen Hof besuchen und bei diesem Anlaß sich auch nach Mainz begeben.

L. Berlin, 2. Dezbr. In der heutigen Sitzung der Commission für die Gewerbebovenie wird § 105d verändert, 105e mit Zusatz Güstleisch angenommen, wonach Anträge wegen Zulassung von Ausnahmen für Betriebe, welche ausschließlich mit durch Wind oder unregelmäßiger Wasserkräft bewegten Triebwerken arbeiten, im Vermaltungskreisverfahren, bez. nach § 20, 21 erledigt werden; §§ 105f und g unverändert angenommen. Abg. Schmidt v. Gen. behalten sich Anträge bez. Wahrung der Rechte des Reichstages gegenüber kaiserlichen Verordnungen oder Beschlüssen des Bundesrates für das Plenum vor. Zu § 107, Arbeitsbücher für minderjährige Arbeiter, wird ein Antrag Schmidt, die Arbeitsbücher nur für Arbeiter unter 18 Jahren obligatorisch zu machen, mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmen auch die Nationalliberalen und Socialdemokraten. Zu § 115 Lohnzahlung wird in Absatz 1 auf Antrag Güstleisch und Genossen hinzugefügt: „Die Auszahlung darf ohne Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde nicht in Wirtschaften oder Verkaufsstellen erfolgen.“ Ferner wird der Abg. 2 in folgender Fassung angenommen: „Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Communalverbandes kann für alle Gewerbetreibende oder gewisse Arten derselben festgesetzt werden: 1) daß Lohn- und Abschlagszahlungen in festen Fristen erfolgen müssen, welche nicht länger als einen Monat und nicht kürzer als eine Woche sein dürfen; 2) daß der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn an die Eltern oder Vormündern und nur mit deren schriftlicher Zustimmung oder nach deren Bescheinigung über den Empfang der leichten Lohnzahlung unmittelbar an die Minderjährigen gezahlt wird; 3) daß die Gewerbetreibenden den Eltern oder Vormündern innerhalb gewisser Fristen Mitteilung von den den minderjährigen Arbeitern gezahlten Lohnbeträgen zu machen haben.“ Endlich als Abs. 3: „Lohnneinbehaltungen, welche von Gewerbeunternehmern zur Sicherung des Erfolges eines ihres aus der wirtschaftlichen Auslösung des Arbeitsverhältnisses erwachsenden Schadens ausbedungen werden, dürfen bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im Gesamtbetrag den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen.“ Zu § 120 obligatorische Fortbildungsschulen wird auf Antrag Güstleisch die Errichtung solcher Schulen auch durch Beschlüsse weiterer Communalverbände vorbehalten. Auf Antrag der Abg. Hartmann v. Gen. wird der Schulzwang für weibliche Arbeiten bestätigt, der Sonntagsunterricht vor dem Hauptgottesdienst und während desselben verboten und der Besuch von Innungsschulen als gleichbedeutend mit dem Besuch der communalen Fortbildungsschulen anerkannt. Damit sind die obligatorischen Fortbildungsschulen in Frage gestellt. § 120 in der neuen Fassung wurde mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen. Desfür stimmen die Conservativen und das Centrum, dagegen die Freisinnigen, Nationalliberalen und Socialdemokraten. Mit der Beseitigung der in der ersten Lesung beschlossenen Worte: an Werktagen ist der Unterricht in die Arbeitszeit der jungen Leute zu legen, erklären sich alle Parteien mit Ausnahme der Socialdemokraten einverstanden.

Watt, Kant, Alexander Humboldt zu nennen, um zu wissen, daß die Weltgeschichte noch in anderen Dingen besteht, als in diplomatischem Schachspiel und der Ausfechtung von Kriegen.

* [Zur Schuleform.] Eine Reihe von Professoren der Berliner Universität, darunter die Professoren v. Gneist, v. Hofmann, Mommsen, Waldeyer, Zelle u. a., haben in Sachen der Schuleform-Frage an die Lehrer der hiesigen Universität einen Aufruf zur Unterzeichnung einer Erklärung gerichtet, welche sich für Beibehaltung der hiesigen Schuleform einverstanden.

* [Vater und die Zuckerprämien.] Dafür stimmen die Conservativen und das Centrum, dagegen die Freisinnigen, Nationalliberalen und Socialdemokraten. Mit der Beseitigung der in der ersten Lesung beschlossenen Worte: an Werktagen ist der Unterricht in die Arbeitszeit der jungen Leute zu legen, erklären sich alle Parteien mit Ausnahme der Socialdemokraten einverstanden.

* [Bayer und die Zuckerprämien.] Dafür stimmen die Conservativen und das Centrum, dagegen die Freisinnigen, Nationalliberalen und Socialdemokraten. Mit der Beseitigung der in der ersten Lesung beschlossenen Worte: an Werktagen ist der Unterricht in die Arbeitszeit der jungen Leute zu legen, erklären sich alle Parteien mit Ausnahme der Socialdemokraten einverstanden.

* [Bayer und die Zuckerprämien.] Dafür stimmen die Conservativen und das Centrum, dagegen die Freisinnigen, Nationalliberalen und Socialdemokraten. Mit der Beseitigung der in der ersten Lesung beschlossenen Worte: an Werktagen ist der Unterricht in die Arbeitszeit der jungen Leute zu legen, erklären sich alle Parteien mit Ausnahme der Socialdemokraten einverstanden.

* [Milderung der Grenzsperrre.] Nach einer Erhebung der nach Oesterreich gehörenden Thierärzte über den Geuchenbestand liegen jetzt vor und lauten der „M. Z.“ folgende so, daß in ihrer Folge die Genehmigung des bairisch-sächsischen Antrags durch den Bundesrat in sicherer Aussicht steht.

* [Ein socialdemokratischer Parteitag in Potsdam] besaßt sich mit der Frage, wie die ländliche Agitation im Regierungsbezirk Potsdam kommen müssen und die Genehmigung des Reichstages erforderlich sein. Dafür die Helgoländer selbst die Zugehörigkeit zu Preußen wünschen, kann ich nicht anerkennen. Der Geschichte nach ist Helgoland nicht mit Preußen resp. Schleswig-Holstein, sondern vielmehr mit Hamburg und Bremen verbunden. Die Helgoländer wollen Deutsche, aber nicht Preußen sein. Die Helgoländer haben von dem Anschluß an das deutsche Reich erwartet, daß ihre wirtschaftliche Lage erheblich verbessert werde. Denn die wirtschaftliche Lage der Helgoländer ist nichts weniger als glänzend. Es müßte den Fischern eine Subvention gegeben werden, damit sie sich größere Fahrzeuge für die Fischerei anschaffen können. Das würde nicht so viel Geld kosten, wie der neue Gouverneur in Empfang nehmen wird. Ebenso wäre es im wissenschaftlichen Interesse wünschenswert, wenn ähnlich wie in Neapel in Helgoland eine zoologische Station zur Erforschung der Meeresfauna errichtet würde. Höchst bedenklich erscheint mir die Verkürzung des Optonsrechts der Helgoländer. Es ist nicht richtig, daß die Helgoländer ipse jure durch den Vertrag eine Deutsche geworden seien. Man hat sie garnicht gefragt. Es müßte eine rechtsgerichtliche Cautete geschaffen werden, daß die Helgoländer bis zu einem Zeitpunkt erklären können, ob sie Deutsche oder Engländer sein wollen.

* [Ein socialdemokratischer Parteitag in Potsdam] besaßt sich mit der Frage, wie die ländliche Agitation im Regierungsbezirk Potsdam kommen müssen und die Genehmigung des Reichstages erforderlich sein. Dafür die Helgoländer selbst die Zugehörigkeit zu Preußen wünschen, kann ich nicht anerkennen. Der Geschichte nach ist Helgoland nicht mit Preußen resp. Schleswig-Holstein, sondern vielmehr mit Hamburg und Bremen verbunden. Die Helgoländer wollen Deutsche, aber nicht Preußen sein. Die Helgoländer haben von dem Anschluß an das deutsche Reich erwartet, daß ihre wirtschaftliche Lage erheblich verbessert werde. Denn die wirtschaftliche Lage der Helgoländer ist nichts weniger als glänzend. Es müßte den Fischern eine Subvention gegeben werden, damit sie sich größere Fahrzeuge für die Fischerei anschaffen können. Das würde nicht so viel Geld kosten, wie der neue Gouverneur in Empfang nehmen wird. Ebenso wäre es im wissenschaftlichen Interesse wünschenswert, wenn ähnlich wie in Neapel in Helgoland eine zoologische Station zur Erforschung der Meeresfauna errichtet würde. Höchst bedenklich erscheint mir die Verkürzung des Optonsrechts der Helgoländer. Es ist nicht richtig, daß die Helgoländer ipse jure durch den Vertrag eine Deutsche geworden seien. Man hat sie garnicht gefragt. Es müßte eine rechtsgerichtliche Cautete geschaffen werden, daß die Helgoländer bis zu einem Zeitpunkt erklären können, ob sie Deutsche oder Engländer sein wollen.

* [Ein socialdemokratischer Parteitag in Potsdam] besaßt sich mit der Frage, wie die ländliche Agitation im Regierungsbezirk Potsdam kommen müssen und die Genehmigung des Reichstages erforderlich sein. Dafür die Helgoländer selbst die Zugehörigkeit zu Preußen wünschen, kann ich nicht anerkennen. Der Geschichte nach ist Helgoland nicht mit Preußen resp. Schleswig-Holstein, sondern vielmehr mit Hamburg und Bremen verbunden. Die Helgoländer wollen Deutsche, aber nicht Preußen sein. Die Helgoländer haben von dem Anschluß an das deutsche Reich erwartet, daß ihre wirtschaftliche Lage erheblich verbessert werde. Denn die wirtschaftliche Lage der Helgoländer ist nichts weniger als glänzend. Es müßte den Fischern eine Subvention gegeben werden, damit sie sich größere Fahrzeuge für die Fischerei anschaffen können. Das würde nicht so viel Geld kosten, wie der neue Gouverneur in Empfang nehmen wird. Ebenso wäre es im wissenschaftlichen Interesse wünschenswert, wenn ähnlich wie in Neapel in Helgoland eine zoologische Station zur Erforschung der Meeresfauna errichtet würde. Höchst bedenklich erscheint mir die Verkürzung des Optonsrechts der Helgoländer. Es ist nicht richtig, daß die Helgoländer ipse jure durch den Vertrag eine Deutsche geworden seien. Man hat sie garnicht gefragt. Es müßte eine rechtsgerichtliche Cautete geschaffen werden, daß die Helgoländer bis zu einem Zeitpunkt erklären können, ob sie Deutsche oder Engländer sein wollen.

* [Ein socialdemokratischer Parteitag in Potsdam] besaßt sich mit der Frage, wie die ländliche Agitation im Regierungsbezirk Potsdam kommen müssen und die Genehmigung des Reichstages erforderlich sein. Dafür die Helgoländer selbst die Zugehörigkeit zu Preußen wünschen, kann ich nicht anerkennen. Der Geschichte nach ist Helgoland nicht mit Preußen resp. Schleswig-Holstein, sondern vielmehr mit Hamburg und Bremen verbunden. Die Helgoländer wollen Deutsche, aber nicht Preußen sein. Die Helgoländer haben von dem Anschluß an das deutsche Reich erwartet, daß ihre wirtschaftliche Lage erheblich verbessert werde. Denn die wirtschaftliche Lage der Helgoländer ist nichts weniger als glänzend. Es müßte den Fischern eine Subvention gegeben werden, damit sie sich größere Fahrzeuge für die Fischerei anschaffen können. Das würde nicht so viel Geld kosten, wie der neue Gouverneur in Empfang nehmen wird. Ebenso wäre es im wissenschaftlichen Interesse wünschenswert, wenn ähnlich wie in Neapel in Helgoland eine zoologische Station zur Erforschung der Meeresfauna errichtet würde. Höchst bedenklich erscheint mir die Verkürzung des Optonsrechts der Helgoländer. Es ist nicht richtig, daß die Helgoländer ipse jure durch den Vertrag eine Deutsche geworden seien. Man hat sie garnicht gefragt. Es müßte eine rechtsgerichtliche Cautete geschaffen werden, daß die Helgoländer bis zu einem Zeitpunkt erklären können, ob sie Deutsche oder Engländer sein wollen.

* [Ein socialdemokratischer Parteitag in Potsdam] besaßt sich mit der Frage, wie die ländliche Agitation im Regierungsbezirk Potsdam kommen müssen und die Genehmigung des Reichstages erforderlich sein. Dafür die Helgoländer selbst die Zugehörigkeit zu Preußen wünschen

Keller des dort wohnhaften Regierungs-Sekretärs E., fanden dort eine Art., mit welcher sie noch andere Käuflichkeit gewaltsam öffneten, ohne für sich nutzbare Gegenstände zu finden. Den Ausgang nahmen dieselben durch eine Kellerluke. Tags darauf, als man in den Keller trat, fand man ein Taschenmesser, und dieses führte gestern zur Verhaftung des Arbeiters J., welcher auch geständig ist. Seine Genossen sind bis jetzt noch nicht ermittelt worden.

Königsberg, 2. Dezbr. Der hiesige Kaufmann D. ist beim Schlittschuhlaufen ertrunken. Mr. D. war per Schlittschuh nach Arnau gelaufen, geriet hierbei auf dem Wege in eine offene Stelle des Pregels und versank vor den Augen ziemlich zahlreicher Menschen, die nicht im Stande waren, das Gerüste zur Rettung des Unglücklichen zu thun. Der auf so traurige Weise ums Leben gekommene war 32 Jahre alt und lebte als Compagnon eines hiesigen Geschäftes in guten Verhältnissen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Vermischte Nachrichten.

Das Koch'sche Heilverfahren.

Detmold, 2. Dezbr. Der Director des Landeskrankenhauses, Geheimer Sanitätsrat Medijinaloth Petri, ist heute im Auftrage der sächsischen Staatsregierung zum Studium des Koch'schen Heilverfahrens nach Berlin abgereist.

Rostock, 2. Dez. In der hiesigen chirurgischen Klinik unternahmen heute in Gegenwart der hiesigen Ärzte und der Hörer der Universität die Professoren Madelung und Thiersfelder an 14 Tuberkulokranken Versuche mit dem Koch'schen Heilmittel. Das städtische Krankenhaus reserviert für solche Kranke 30, eine von den genannten Ärzten ausreichende Privatklinik 15 Betten.

Augsburg, 2. Dezbr. Nach einem Bericht des Bürgermeisters an die städtischen Collegien findet nach dem Koch'schen Heilmittel, mit welchem das städtische Krankenhaus ausreichend versorgt sei, lebhafte Nachfrage statt. Die Abgabe für Privatbehandlung werde aber wegen der damit verbundenen Verantwortung abgelehnt.

Bonn, 2. Dezbr. In der hiesigen Klinik musste nach der "Deutsch. Reichs-Ztg." bei einer an Rehkopfleukose erkrankten Person die Tracheotomie erfolgen, weil nach Einspritzung der Koch'schen Lymphe eine starke Halsanschwellung Erstickung befürchtet ließ.

Aachen, 2. Dezbr. Auf die Ankündigung, dass Paul Joannon, erster Professor der medizinischen Fakultät, seinen ersten Vortrag über Kochs Heilverfahren halten werde, war gestern Abend die große Aula der Universität von einer ungeheueren Menschenmenge erfüllt. Zu Ehren des deutschen Forschers hörten alle stehend in atemloser Spannung den Vortragenden zu, um am Schlusse der Rede Joannons in donnernde Hochrufe auf Aach auszubrechen. Im Auftrage der Regierung reisen, wie der "Doss. Ztg." gemeldet wird, die Professoren Macacus und Delhannis, letzterer ein Bruder des Ministerpräsidenten, nach Berlin.

Köln, 2. Dezbr. Der Landschaftsmaler Alexander Horpe (Düsseldorf) büßte in der vergangenen Nacht durch einen Sturz aus dem Fenster das Leben ein.

Köln, 2. Dezbr. Der hiesige österreichische Generalconsul Baron v. Oppenheim hat einen Aufruf zur Unterstützung der durch die Überschwemmung in Karlsbad Betroffenen erlassen. — Der Neckar und der Main bringen viel Treibes, auf dem Main ist deshalb die Schifffahrt geschlossen.

(W. Z.) Köln, 2. Dez. Wegen des Treibes auf dem Rhein hat die Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrts-Gesellschaft ihre Fahrten eingestellt.

Bekanntmachung.

Behuft Verklärung der Gefällen, welche das Schiff "Göttingen", Capitän Robertson, auf der Seite von Königsberg nach Danzig erlitten hat, haben wir einen Termin auf den 4. Dezember cr., Vormittags 11 Uhr, in unserem Geschäftshause, Lannermarkt 43, anberaumt. — Danzig, den 3. Dezember 1890 Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in das Handels- und Genossenschaftsregister unseres Bezirks werden im Laufe des Geschäftsjahrs 1891 durch Einrichtung in den Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger, die "Danziger" und die Berener Zeitung veröffentlicht werden.

Berent, den 1. December 1890, Königliches Amtsgericht.

Operngläser,

in bekanntester Qualität, empfohlen zu den billigsten Preisen das optische Institut von Gustav Grotthaus, Hundestrasse 97, Ecke der Mahnhauser Gasse.

Schlafröcke

zu 10, 12, 14, 16, 18-40 M. Heil. Geistgasse 5, 1. Etage. Glockenthaler. (7712)

Kutscher-Röcke,

Kutscher-Mäntel mit passenden Pelzkragen empfohlen sehr preiswert

J. Baumann, Breitgasse 36. (8299)

Pianinos

(preisgekört), 1 guten schwarzen Stutzflügel ic. ic. verkaufen resp. vermietet billig. Mählike & Co., Goldschmiedegasse 32. (8152)

Winter-Ueberzieher

werden schnell u. billig wie neu renovirt. Heil. Geistgasse 5, 1. Et. Glockenthaler. (7711)

Roggen- und Weizen-

Maschinen-Stroh kaufen unsere Depots in Langfuhr, Ohra, Danzig u. Cmaus. Bei größeren Posten beliebt man Proben mit Preisangabe dem Bureau in Langfuhr einzureichen. (8185)

Danziger Straßen-Eisenbahn.

Verfasser von Hochstcarmina, Feuerspulen und vergleichbaren werden gebeten, ihre Adresse unter 8286 d. Zeitung niedezulegen.

Guten Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Groschowitzer Portland-Cement,

Fabrikat ersten Ranges!

von vollendetem Gleichmäßigkeit, unbedingter Volumenbeständigkeit und höchster Bindekraft. Wir empfehlen denselben zu zeitgemäßen Preisen für Ausführung von Wasserleitungen, Kanalisationen, monumentalen Hoch- und Wasserbauten jeder Art, sowie zur Anfertigung von Ornamenten, Kunststeinen und allen Gegenständen.

Production: 350 000 Tonnen pro anno.

Schlesische Action-Gesellschaft

für Portland-Cement-Fabrikation

zu Groschowitz bei Oppeln.

Stets completes Lager bei unserm Vertreter für Danzig, Herrn Albert Fuhrmann. Danzig. (8291)

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gute Reisevors.

mit Schuppenbeschlägen kann auf 11 zu verkaufen. (8323)

Gängerbund.

Sonnabend, 6. Dezember er.

Abends 8 Uhr:

II. Wintervergnügen

im Lokale des Herrn Link,

Olovaer Thor 8.

Die Eintritts-Karten für einzuführende Gäste können von Mitgliedern bei Herrn Bankel,

Heumarkt Nr. 3, in Empfang ge-

nommen werden.

Der Vorstand.

Danziger Allgemeiner

Gewerbe-Verein.

Donnerstag, den 4. Dezember,

Abends 8 Uhr;

Versammlung im unteren

Gaale.

I. Vortrag des Herrn Rechts-

Anwalt Haack:

„Über Zins und

Wucher“.

II. Gewerbliche Mittheilungen.

Um 7 Uhr Abends:

Bibliothekstunde.

Kaiser-

Panorama.

Gavonen.

Hotel Preußischer Hof,

Zumkergasse Nr. 7.

Mittwoch, den 3. Dezember:

Großes Familien-Concert

bei freiem Eintree.

Anfang 8 Uhr.

8268) A. Eder.

Café Gelenke,

Olovaer Thor 10.

Jeden Donnerstag:

Kaffee-Concert,

vom

Wolfschen Künstler-Quintett.

Anfang 4 Uhr. Eintree frei.

Apollo-Saal, Hotel du Nord.

Nur noch einige Tage:

Ben-Ali-Bey's

ägyptische und indische

Magie.

Der Vorverkauf der Plätze zu

3, 2, 1, 50 u. 1 M. in der Musi-

kalienhandlung d. h. Stiemann,

Langenmarkt; Gehölzstraße zu 50 S

an der Kasse. Anfang prächtig

7½ Uhr. Donnerstag, den 4. De-

zember: Neu-Gulamith.

Zum Besten

der Kinderheilstätte in

Soppot.

Freitag, den 12. Dezember 1890,

Abends 7 Uhr,

im Apollo-Saal des

Hotel du Nord:

Hausmusik-Concert

unter gütiger Mitwirkung

des Fräulein

Katharina Brandstätter

gegeben von

Dr. Carl Fuchs.

Programm:

1. Sonate B-dur C. M. Niemann

Nr. XII von Mozart.

2. a. Das Beilchen von Mozart;

b. Freudvoll und leidvoll von

Beethoven.

3. Sonate Es-dur op. 122 von

Gebert.

4. 3 Brautlieder von Cornelius.

5. 3 Improvisationen von Volk-

mann; Spinnlied a. d. Flieg-

Holländer von Wagner-Liszt;

Frischlingslied v. Mendelssohn;

Frischling im Walde (op. 136

Nr. 6) von Hiller.

6. Das schlafende Kind von C.

Fuchs; Durch den Wald ic. v.

Mendelssohn.

7. Abschied Einsamkeit, Wieder-

sehen (Sonate op. 81) von

Beethoven.

Numerirte Billets a 2 M. un-

nummerirte a 1 M. Stehplass a

50 S sind in der Homann u.

Weber'schen Buch- u. Kunsthänd-

lung, Langenmarkt 10, zu haben.

Erläuterungen zu den Clavier-

stückchen ebendieselbst gratis von

Gommabend, den 6., ab gegen

Borweis des Billets; außerdem

a 20 S.

(8315)

Wilhelm-Theater.

Heute und folgende Tage:

Große

Gala-Vorstellung.

Um 9½ Uhr: Auftreten der

Senorita Bellona,

spanisch-deutsche Sängerin und

Mandolinistin.

Fräul. Blanch,

deutsch-russische Sängerin,

Herr Wolter,

Sangs- u. Charakter-Komiker,

sowie Auftritte der

Familie Kolzer

in ihren Turner-Productionen

und Ballet-Tanz.

Stadt-Theater

Donnerstag: Bei ermäßigte-

Preisen. Der Goldfuchs.

Freitag: Faust und Mar-

garie.

Sonnabend: Außer Abonnement.

Claviger-Vorstellung bei kleinen

Preisen. Die Jungfrau von

Orleans.

Sontags: Nachmittags 4 Uhr.

Bei ermäßigte Preise. Frei-

vorstellung. Ein Blümchen.

Sontags, Abends 7½ Uhr.

Aleksandro Stradella. Hier-

auf: Das Fest der Hand-

werker.

Druck und Verlag

von A. W. Kastemann in Danzig

Hierzu eine Beilage.

Hermann Guttmann.

64, Langgasse 64.

Weihnachts-Musverkauf

Als besonders preiswerth und zu Weihnachtsgeschenken geeignet empfehle:

Wollcapotten für Damen	Mark 1,50.
Chen.-Capotten - - - - -	2,75.
Belzmüken - - - - - u. Mädchen	1,25.
Hosen-Muffen mit Atlasfutter	2,00.
Im. Bär-Muffen	3,00.
Tricot-Taillen m. angewebtem Futter, garnirt	2,75.
Taillen-Tücher, reine Wolle	2,25.
Plaids, - - - - - in den neuesten Dessins	3,00.
Chenille-Fichus	1,00.
Schles. Blaudruckschrüzen	0,50.
Spiken-Shawls, schwarz u. crème	0,50.
Schulterkragen	0,75.
„Guttmanns“ Corsett	3,00.
Elegante Ballblumen. Garnitur	1,00.
Tricothandschuhe in allen Farben	0,40.
Oberhemden mit gutem Gick	3,00.
Herren-Chemissets ohne Kragen	0,50.
mit Kragen	0,60.
Kragen in allen Fäcons, 4 fach	3,00.
Leinen, per Duhend	1,50.
Manchetten in allen Fäcons, 4 fach Leinen, per Duhend	5,00.
Plüsche in allen Farben, per Meter	1,00.
Atlasse	0,50.
1 Partie eleg. Herren-Cravates, p. St. halbseid. - - - - - Cachenez,	0,25.
1 - - - - - ganzseid.	1,50.
1 - - - - - Damen	1,00.
1 - - - - - Kinder	0,50.
1 - Reste Band und gestickte Streifen enorm billig.	

Meine Weihnachts-Ausstellung verbunden mit „50 Pf. Bazar“ ist eröffnet.

Organs Kisten, Heiserkeit und Catarache gibt s. kein bessral. Mittal obl. Fay's Godener Mineral

Pastillen: 4-5 Pcs pro Kostspielstück Pastillen

in sauberer Wohl aufgezählt wird, bringt ausführlich

zurück, das sich sofortige Schließlösung

gelingt. Hygienisch Praktiklemming, angenehm

lebhaftig lange aufzuhängen, auf die

geöffnete Organe: zu gebrauch aus allen Ogen

Yekau und Organiungs zu 85 S pro Pcs auf

Borschenschafterkneipe

Sonnabend, 6. Dezember er.

im Bürgerbräu (Hundegasse).

F!

Morgen Abend:

Blut- u. Leberwurst.

Eigenes Fabrikat.

A. Thimm, 1. Damm 18.

Beethoven.

Numerirte Billets a 2 M. un-

nummerirte a 1 M. Stehplass a

50 S sind in der Homann u.

Weber'schen Buch- u. Kunsthänd-

Beilage zu Nr. 18633 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 3. Dezember 1890.

Danzig, 3. Dezember.

□ [Von der Ansiedelungs-Commission.] Bis zum Frühjahr d. J. haben sich 5478 Personen behufs Erlangung von Grundbesitz an die Ansiedelungs-Commission gewandt. Davon wünschten 3095 kleine bäuerliche Besitzungen, 668 mit Landwirtschaft verbundene Handwerkerstellen, 205 den Erwerb von Ressäcken u. s. w. Bis jetzt haben sich niedergelassen auf den Ansiedelungsgütern 264 Colonisten aus Posen und Westpreußen, 69 Schlesier, 46 Brandenburger, 29 Rückwanderer aus Russland, 27 Pommern, 19 Rheinländer, 18 Westfalen, 12 Württemberger, 10 Ostpreußen, 8 Hannoveraner, 8 Sachsen und 5 andere deutsche Reichsangehörige. Den Hectar Land haben die Ansiedler durchschnittlich mit 630 Mk. bezahlt. Mit zahlreichen Personen schwanken noch Verhandlungen.

* [Marken-Verkauf für die Alters- und Invalidenversicherung.] Das Amtsblatt des Reichs-Postamts veröffentlicht folgende Verfügung des Reichs-Postamts, betreffend den Vertrieb der Marken zur Entrichtung der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Beiträge durch die Postanstalten, vom 28. November:

Das Reichsgericht, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 tritt mit dem 1. Januar 1891 in vollem Umfang in Kraft. Von diesem Zeitpunkt ab wird den Postanstalten der Vertrieb der zur Entrichtung der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Beiträge bestimmten Marken (Versicherungsmarken) obliegen. Die Versicherungsmarken zerfallen in Beitragsmarken und Doppelmarken. Die Beitragsmarken werden von den auf Grund des vorerwähnten Gesetzes errichteten Versicherungsanstalten zu den Werthbeträgen von 14, 20, 24 und 30 Pf. ausgegeben; außerdem gelangt eine Doppelmarke für 28 Pf. zur Ausgabe, welche eine Beitragsmarke der Versicherungsanstalt zu 20 Pf. mit der Zusatzmarke des Reichs zu 8 Pf. verbindet. Die Versicherungsmarken sind nach einheitlichen Mustern — für das Reichs-Postgebiet durch die Reichsdruckerei — in Bogen zu 100 Stück hergestellt. Den Marken ist in schwarzer lateinischer Schrift der Name derjenigen Versicherungsanstalt aufgedruckt, für deren Rechnung sie ausgegeben werden. Bei einer jeden Postanstalt sind nur die Marken einer einzigen Versicherungsanstalt, und zwar derjenigen zu verkaufen, in deren Bezirk die Postanstalt belegen ist. Gehören zu dem Bestellbezirk einer Post-Anstalt Theile des Gebiets einer anderen Versicherungsanstalt, so ist in geeigneter Weise (durch einen Aushang am Schalter, Auskunft der Schalterbeamten etc.) darauf hinzuweisen, bei welcher nächsten Postanstalt, oder — wenn bekannt — bei welcher Markenverkaufsstelle der Versicherungsanstalt die für den Nachbarbezirk gültigen Marken zu kaufen sind. Den Postämtern wird der erste Bedarf an Versicherungsmarken ohne Bestellung vor Beginn des Weihnachtsverkehrs von der Bezirks-Ober-Postkasse zugehen; die Zusendung wird so lange fortgesetzt werden, bis der für ein halbes Jahr veranschlagte Bedarf der Postanstalt gedeckt ist. Die Höhe dieses Bedarfs wird durch

die vorgesetzte Ober-Postdirektion bestimmt. Die später erforderlich werdenden Mengen haben die Postämter bei der Ober-Postkasse zu bestellen. Die Bestellungen müssen auf ganze Bogen laufen und so eingerichtet sein, daß jedesmal der Bedarf für etwa drei Monate verschrieben wird. Mit dem Verkauf der Versicherungsmarken ist am 27. Dezember zu beginnen. Für solche Fälle, in denen vereinzelte Postanstalten zum Bereich einer benachbarten Versicherungsanstalt gehören, deren Marken die Bezirks-Ober-Postkasse nicht führt, ist der vorgesetzten Ober-Postdirektion die Bestimmung überlassen, daß jene Postanstalten die Marken nicht von der Ober-Postkasse, sondern von einem Postamt des benachbarten Ober-Postdirectionsbezirks erhalten sollen. Es wird ihnen in solchem Falle zunächst ein eiserner, dem voraussichtlichen Absatz für 1 bis 2 Wochen entsprechender Bestand überwiesen werden, den sie nach Bedarf gegen gleich bei der Bestellung mittels Postanweisung zu leistende Baarzahlung zu ergänzen haben.

* [Personalien bei der Justiz.] Der Rechtsanwalt und Notar Schmaucks in Tiefenort ist, unter gleichzeitiger Entlassung aus dem Amt als Notar, als Ge richtsassessor in den Justizdienst wieder aufgenommen und in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Königsberg versetzt worden.

* [Personalien beim Militär.] Der Zahlmeister aspirant Wittner ist zum Zahlmeister beim 17. Armeecorps ernannt, der Portepée-Fähnrich Koch vom Infanterie-Regiment Nr. 128 zur Reserve entlassen, der Premier-Lieutenant Panther vom 3. ostpr. Grenadier-Regiment Nr. 4 zum Infanterie-Regiment Nr. 129 und der Premier-Lieutenant Hagen von diesem letzteren Regiment in das 3. ostpreußische Grenadier-Regiment Nr. 4 versetzt.

* [Verfassungsschichtliche Schiedsgerichte.] Auf Grund des Bau-Unfallversicherungsgesetzes sind berufsgenosenschaftliche Schiedsgerichte für folgende als leistungsfähig erklärte Communalverbände eingefestigt worden: 1) in Garthaus für den Communalverband des Kreises Garthaus; 2) in Danzig für den Communalverband des Kreises Danziger Höhe; 3) in Danzig für den Communalverband des Kreises Danziger Niederung; 4) in Dirschau für den Communalverband des Kreises Dirschau; 5) in Elbing für die Communalverbände der Kreise Elbing Stadt und Land; 6) in Pr. Stargard für den Communalverband des Kreises Pr. Stargard. Zum Vorsitzenden dieser sechs Schiedsgerichte ist Regierungsrath Dr. Müller, zu dessen Stellvertreter Regierungs-Assessor Messerschmidt in Danzig ernannt worden. Ferner ist für den Communalverband des Kreises Marienwerder ein Schiedsgericht mit dem Gtz in Marienwerder gebildet und zu dessen Vorsitzendem Regierungs-Assessor Landmann (Stellvertreter Regierungsrath Peters) in Marienwerder ernannt worden.

[Polizeibericht vom 3. Dezember.] Verhaftet: 18 Personen, darunter: 2 Arbeiter, 1 Schlosser wegen Diebstahls, 1 Mädchen wegen Betrugens, 4 Arbeiter wegen Sachbeschädigung, 7 Obdachlose, 2 Betrunkenen. — Gestohlen: 1 Frauenhemd gez. M. B. 6, 1 Paar Mannstrümpfe, 1 blaue Schürze, 1 Portemonnaie enthaltend 300 Mk. und 1 Pfandschein Nr. 20 082 des städtischen Leihamtes. — Gefunden: 2 mit Gewinde verbundene Schlüssel, 1 Hundemaulkorb, 1 schwarzer Regenschirm;

abzuholen von der Polizei-Direction. — Verloren: 1½ Meter rosa Federborte; abzugeben auf der Polizei-Direction.

Elbing, 2. Dezbr. Gestern sind auch bereits im hiesigen Diakonissenhaus von dem dirigirenden Arzte Hrn. Dr. Plenio die ersten Impfungen mit Koch'scher Lymphé vorgenommen worden. Die Versuche wurden zunächst an drei Patienten mit Lungentuberkulose, an einem mit tuberkulöser Anogenenitalzündung und an einem dreijährigen Kinder mit Gelenktuberkulose im frühesten Anfangsstadium gemacht.

s Flatow, 2. Dezbr. Bei der heute im Wahlkreise Schlochau-Flatow abgehaltenen Nachwahl zum Reichstag wurde in unseren beiden Stadtbezirken abgegebenen 513 Stimmen. Davon enthielten 264 den Namen Neukirch-König, 248 den Namen v. Hellendorf-Bedra. — In Gr. Konarzyn erhielt Neukirch 107, Hellendorf 19 Stimmen.

□ Pr. Friedland, 2. Dezember. Bei der heutigen Reichstags-Ersatzwahl wurden abgegeben: In Pr. Friedland für v. Hellendorf 264, Neukirch 246 Stimmen; in Dobrin für v. Hellendorf 87, Neukirch 22 Stimmen. Dabei sei bemerkt, daß gerade diese Gegend für die Conservativen die allergünstigste ist. Wie bei der Agitation, hat es auch bei der heutigen Wahl selbst an kühnen Eingriffen in die Wahlfreiheit nicht gefehlt.

Mewe, 2. Dezbr. Auch die hiesige Fortbildungsschule ist jetzt aus Mangel an Beteiligung der schulpflichtigen Lehrlinge geschlossen worden.

Allenstein, 2. Dezbr. Wegen Mordes wurde vom hiesigen Schwurgericht der Eigenkäthner Jakob Scherkeski aus Jackendorf zum Tode verurtheilt, seine gleichfalls angeklagte Frau freigesprochen. Der Mann hat im Frühjahr dieses Jahres seinen kleinen Enkelsohn, dessen Vater gestorben war, mit Schwefelsäure vergiftet, um das dem Kleinen vom Vater vererbte Gründstück in seinen Besitz zu bringen.

s Insterburg, 2. Dezbr. Die Lymphosepidemie greift weiter um sich; dieselbe ist jetzt auch in zwei Nachbardörfern von Karalene, in Tarpupönen und Lenkeitschen ausgebrochen und es müssen die dortigen Schulen deswegen geschlossen werden. In Karalene muß, höherer Anordnung zufolge, thunlichst bald mit der Herstellung neuer Brunnen begonnen werden.

Bromberg, 2. Dezember. Zum Studium des Kochschen Heilverfahrens begibt sich Herr Sanitätsrath Dr. Jacoby von hier am Donnerstag nach Berlin. — Das Schiff „Servia“, mit den wegen betrügerischen Banknoten in Amerika verhafteten Gebr. Krojaneker an Bord, ist nach einer hierher gelangten Nachricht am 25. d. M. von New York abgegangen. (Ostd. pr.)

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 2. Dezbr. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 184—196. — Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 178—190, russ. loco fest, 134—138. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rüböl (Kunderjöll) ruhig, loco 60.00. — Spiritus fest, per Dezbr. 32½ Br. per Mai-Juni 32½ Br. per April-Mai 31½ Br. per Mai-Juni 32½ Br. — Raffee ruhig. Umlauf — Gack. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6,25 Br. per Dezbr. 6,15 Br. 6,10 Gd. — Wetter: Milde, trübe.

Hamburg, 2. Dezbr. Raffee. Good average Santos per Dezember 83½, per März 77½, per Mai 75½, per Sept. 72. Nahe Termine behauptet entfernte matt.

Hamburg, 2. Dezbr. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product, Basis 88% Rendement, neue Usance, f. a. B. Hamburg per Dezember 12,30, per März 1891 12,92½, per Mai 13,17½, per August 13,45. Ruhig.

Bremen, 2. Dezember. Petroleum. (Schlußbericht.) Feit. Standard white loco 6,30 Br. Havre, 2. Dezbr. Kaffee. Good average Santos per Dez. 104,25, per März 97,75, per Mai 95,75. Ruhig. Frankfurt a. M., 2. Dezbr. Effecten-Societät. (Schluß.) Credit-Action 267½, Franzosen 215½, Lombarden 121, Aegypten 97,10, Gotthardbahn 160,80, Disconto-Commandit 209,70, Dresdner Bank 154,40, Laurahütte 135,50, Gellenkirchen 172,00. Abgeschwächt.

Bien, 2. Dezbr. (Schluß-Course.) Oefferr. Papierrente 88,85, do 5% do. 102,10, do. Gilberrente 88,90, 4% Goldrente 108,00, do. ung. Goldrente 102,30, 5% Papierrente 99,65, 1860er Loos 137,00, Anglo-Aust. 164,10, Länderbank 221,20, Creditact. 304,50, Unionb. 241,50, ungar. Creditation 357,50, Wiener Bankverein 118,25, Böh. Westb. 331, Böh. Nordb. 205, Böh. Eisenbahn 475,00, Dur. Böhm. Böhm. — Elbehafenbahnen 225,50, Nordbahn 2775,00, Franzosen 245,75, Galizier 204,75, Lemberg-Lit. 228,00, Lombarden 137,75, Nordwestbahn 219,75, Barbudibahn 172,25, Aly.-Mont. Act. 92,30, Tabakact. 144,25, Amsterdamer Wechsel 95,20, Deutsche Blätter 56,60, Londoner Wechsel 115,25, Pariser Wechsel 45,60, Napoleons 9,12½, Marknoten 56,65, Russische Banknoten 1,33½, Gilbercoupons 100,00.

Amsterdam, 2. Dezbr. Getreidemarkt. Weizen per März 222, Roggen per März 158—159—158—187, per Mai 156—155.

Antwerpen, 2. Dezember. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste unverändert.

Antwerpen, 2. Dez. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß loco 16 bez. und Br., per Dezember 16 Br., per Jan. 16½ bez., 16¾ Br., per Jan. März 16½ bez., 16¾ Br. Teff.

Paris, 2. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Dezember 26,50, per Januar 26,30, per Januar-April 26,30, per März-Juni 26,60. — Roggen behpt., per Dezbr. 17,30, per März-Juni 17,80. — Mehl träge, per Dezbr. 58,20, per Januar 58,30, per Januar-April 58,40, per März-Juni 58,70. — Rüböl fest, per Dezbr. 63,75, per Januar 64,25, per Jan-April 64,75, per März-Juni 65,00. — Spiritus ruhig, per Dezbr. 36,75, per Jan 37,25, per Jan-April 38,00, per Mai-August 39,50. — Weiter: Nebelig.

Paris, 2. Dez. (Schlußcourse.) 3% amortisierbare Rente 96,10, 3% Rente 95,32½, 4½% Anleihe 104,45, 5% ital. Rente 93,40, österr. Goldr. 95½, 4% ungar. Goldrente 90,75, 4% Russen 1880 97,25, 4% Russen 1889 98,25, 4% unif. Aegypten 486,25, 4% span. äußere Anleihe 75½, convert. Türken 18,82½, türk. Loos 79,25, 4% privilegierte türk. Obligationen 409, Franzosen 561,25, Lombarden 316,25, Lomb. Prioritäten 336,25, Banque ottomane 626,25, Banque de Paris 845,00, Banque d'Escompte 572,50, Credit foncier 1292,50, do. mobilier 425,00, Meridional-Act. 693,75, Panamakanal-Act. 32,75, do. 5% Oblig. 24,00, Rio Tinto-Actien 595,60, Guiccanal-Acien 2415,00, Gaz Parisisen 1462,00, Credit Lyonnais 810,00, Gaz pour le Fr. et l'Etrang. 548,75, Transatlantique 625, B. de France 4350,00, Bille de Paris de 1871 411, Tab. Ottom. 338,00, 2½ Con. Angli 96½, Wechsel auf deutsche Blätter 129½, Londoner Wechsel kurz 25,26, Cheques a. London 25,28½, Wechsel Wien kurz 217,00, do. Amsterdam kurz 206,62, do. Madrid kurz 482,00, C. b. Esc. neue —, Robinson-Act. 68,75.

London, 2. Dezember. Engl. 2½% Consols 95½, 3% Consols 105, ital. 5% Rente 93½, Lombarden 12½, 4% cons. Russen von 1889 (II. Serie) 97½, conn. Türken 183½, österr. Gilberrente 78, österr. Goldrente 94,00, 4% ungarische Goldrente 90½, 4% Spanier 74½, 3½% privil. Aegypten 92, 4% unif. Aegypten 96, 3% garantirte Aegypten 99½, 4½% ägypt. Tributans 97, 6% consol. Mexikaner 92½, Ottomanbank 14½,

